

Nach Europawahl

SPD-Politiker fordert Geldstrafe fürs Nichtwählen

9. Juni 2009, 07:18 Uhr

Die niedrige Beteiligung bei der Europawahl beschäftigt die deutschen Politiker. Der Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen fordert jetzt, eine Wahlpflicht in Deutschland einzuführen. Wer nicht wählen geht, soll demnach Strafe zahlen. Auch ein anderer SPD-Politiker versucht mit neuen Ideen, die Wähler zu mobilisieren.

Service



Der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen hat angesichts der schlechten Beteiligung an der Europawahl eine Wahlpflicht in Deutschland gefordert.

Thießen sagte: „Wir Politiker müssen im Parlament abstimmen – das kann man auch von den Wählern bei einer Wahl verlangen.“ Wer nicht zur Wahl gehe, soll Thießen zufolge 50 Euro Strafe zahlen. „Demokratie ohne Demokraten funktioniert nicht“, sagte der Abgeordnete der "Bild"-Zeitung.

Der SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz forderte, auch über ein Votum per Internet nachzudenken. „Wenn es eine sichere Übertragung gibt, sollte man darüber nachdenken“, sagte der Politiker der „Bild“.

In anderen EU-Ländern wie etwa Belgien herrscht Wahlpflicht, wer nicht wählen geht, muss mit einer Strafe rechnen. Entsprechend hoch ist die Wahlbeteiligung. Wie in Deutschland ging auch europaweit weit mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten nicht an die Urnen.

Die Beteiligung der rund 275 Millionen Wahlberechtigten lag bei knapp 43 Prozent und damit so niedrig wie noch nie.

Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) sprach sich nach der gerigen Wahlbeteiligung für eine Direktwahl des EU-Kommissionspräsidenten aus. „Wenn es im Wahlkampf um einen Kopf an der Spitze Europas geht, schafft das eine klar zugespitzte Aufmerksamkeit quer durch ganz Europa“, sagte er der „Bild“-Zeitung.

Der CDU-Europaabgeordnete Elmar Brok plädierte für europaweite Spitzenkandidaten für den Posten des EU-Kommissionschefs. „Die Parteien sollen europaweit mit ihrem Kandidaten für den Chefposten der EU-Kommission Wahlkampf machen, der dann von der Mehrheit des neuen Parlamentes gewählt wird.“

Der Vorsitzende des Europa-Ausschusses im Bundestag, Gunther Krichbaum (CDU), schlug vor: „Es sollte künftig wie bei der Bundestagswahl zwei Stimmen geben, damit die Wähler auch direkt über einen nationalen Kommissar abstimmen können.“

An der Europawahl beteiligten sich in Deutschland 43,3 Prozent der Wahlberechtigten, das waren 0,3 Punkte mehr als vor fünf Jahren.

1 von 19

Reaktionen auf den Ausgang der Europawahl

Bayerns frühere SPD-Chefin *Renate Schmidt* kritisierte ihre Partei: „Wir beflügeln die Fantasie der Wähler nicht mehr. Bei Wahlen geht es auch um psychologische Effekte. Da sind wir nicht gut.“

AFP/ddp/dcs
